



und Grüne nach der Bundestagswahl im Parlament nicht über eine eigene Mehrheit verfügen, wollen die PDS-Bundestagsabgeordneten Schröder zur Kanzlerschaft verhelfen. Im Gegenzug verlangt die PDS nach einem bislang internen Papier Zugeständnisse in der Sozialpolitik und beispielsweise die Zuständigkeit für den Aufbau Ost.

Ausgefeilt haben den generösen Plan der Chef der Grundsatzabteilung der PDS-Zentrale, Thomas Falkner, sowie Brandenburgs PDS-Landeschef Ralf Christoffers. Ihr Strategiepapier (siehe Kasten) soll Grundlage des Wahlaufrufs des PDS-Spitzenquartetts Zimmer, Petra Pau, Bartsch und Roland Claus werden. Seit Wochen werben Falkner und Christoffers, unterstützt von Mecklenburg-Vorpommerns PDS-Arbeitsminister Helmut Holter, intern dafür – und bekämpfen den von Parteichefin Zimmer bislang propagierten Oppositionskurs pur.

Lange Zeit wehrte sich die blasse Parteichefin gegen einen Strategiewechsel. Noch auf einer Parteikonferenz vor wenigen Wochen in Halle warnte sie die Pragmatiker in den eigenen Reihen: Niemand solle sich Hoffnungen auf ein Ministeramt machen und darüber „schwadronieren, was wir mit unserem Erfolg so alles anfangen können“.

Zimmers Denkverbot scheint nun aufgehoben: Offen spekuliert Bartsch über eine Tolerierung Schröders, Berlins designierter PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf erklärte es gewissermaßen zu einem Parteauftrag der PDS, dem CSU-Mann Edmund Stoiber den Weg ins Kanzleramt zu verbauen und Schröder zu wählen. Und sein Vorgänger Gysi rät rationell staatstragend von der „gemeinsamen Verantwortung“ von SPD, Grünen und PDS dafür, den Bayern abzuwehren: „Daraus müssen wir doch was machen.“

Nur einen Namen können die Strategen dem Vorhaben noch nicht geben: eine Tolerierung? Eine Regierungskoalition? „Etwas Drittes muss es sein“, meint Gysi, der jetzt unbelastet durch harte Regierungsarbeit wieder schön vordenen kann.

Klar ist den PDS-Leuten allerdings: Bei einer einmaligen Unterstützung Schröders könnte es nicht bleiben. Mehrere PDS-Abgeordnete müssten quasi als Dauerleihgabe über vier Jahre die Kanzlermehrheit sichern.

Die neue Liebe der Postkommunisten zu Schröder, den die PDS-Agitatoren bislang so gern als „neoliberal“ und als „Kriegskanzler“ beschimpften, gründet sich vor allem auf die Umfragen der letzten Monate: Danach ist ein Patt zwischen den politischen Lagern aus SPD/Grüne und Union/FDP nach dem 22. September durchaus eine realistische

PDS-Politiker Claus, Pau, Zimmer: Leihstimmen für die SPD?

PDS

## „Etwas Drittes muss es sein“

Die Sozialisten spekulieren auf ein Patt zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb nach der Bundestagswahl. Dann wollen sie Gerhard Schröder zum Kanzler wählen – und dafür Gegenleistungen.

Die PDS ist noch eine richtige Programmpartei. Wortgläubig wie einst Martin Luther lieben die Sozialisten lange Referate, Programmwürfe und nicht enden wollende Debatten um die Zukunft der Weltrevolution.

Doch vergangene Woche wurde den führenden Genossen um Parteichefin Gabi Zimmer und Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch in der Berliner Parteizentrale die Zeit etwas knapp. Eine Telefonkonferenz mit den Chefs der Landesverbände jagte die nächste. Hastig wurden per E-Mail Strategiepapiere verschickt, Entwürfe für einen Wahlauf Ruf verteilt.

Die Hektik hatte einen simplen Grund: Nach dem Rückzug des populären Frontmannes Gregor Gysi aus dem rot-roten Senat der Hauptstadt, der den Postkommunisten Einbrüche in den Umfragen bescherte, suchten die Ost-Genos-

sen händeringend einen Ausweg aus der Defensive.

Den glauben die Parteistrategen nun endlich gefunden zu haben – in einem kühnen Angebot an Gerhard Schröder, den Noch-Bundeskanzler. In einem Wahlauf Ruf wollen die führenden Kader der Partei den bedrängten Sozialdemokraten einen erstaunlichen Deal vorschlagen: Sollten SPD



Gesprächspartner Gysi, Schröder\*: „Daraus was machen“

\* Mit dem Grünen Ludger Volmer (M.) im Bundestag im Mai 2001.

Möglichkeit. „Wir können“, jubiliert Berlins PDS-Landeschef Stefan Liebich, „Zünglein an der Waage werden.“ Selbstironisch erklärt der PDS-Bundestagsfraktionschef Roland Claus: „Auf die Frage, wie wir uns dann verhalten, können wir nicht nur erklären, die Frage stelle sich nicht.“

Doch nicht nur die Chance, im Bund ein Wörtchen mitzureden, bringt die PDS auf Schmussekurs zu den Sozialdemokraten. Die neuerdings so schroffen Wahlkampfworte des SPD-Vorsitzenden Richtung USA und die Beschimpfungen der „Obermillionäre“ und Großunternehmer durch ihn und SPD-General Franz Müntefering wecken in vielen Ost-Genossen nostalgische Gefühle und kommen auch bei deren Anhängerschaft an. „Wenn die unsere Positionen übernehmen“, meint Gysi vor allem mit Blick auf einen möglichen Irak-Krieg „dann können wir doch nicht schmollen.“

Bei einigen in der PDS werden noch ganz andere Erinnerungen wach. Sie haben die Erzählungen der Altvorderen über die „Spaltung der Arbeiterklasse“ in Kommunisten und Sozialdemokraten in der Weimarer Republik und die aus der Sicht von PDS-Hardlinern erfolgreiche Zwangsvereinigung in der DDR verinnerlicht – manche hoffen auf einen dauerhaften Schulterchluss zwischen SPD und PDS.

Vordenker André Brie, derzeit Europaabgeordneter, orakelte bereits nach Gysis

Rücktritt über eine „neue Linkspartei“ mit Gysi und dem früheren SPD-Chef Oskar Lafontaine an der Spitze. An den „beiden Zugpferden“ könne keiner vorbei.

Ähnlich denken Falkner und Christoffers – und gehen noch einen Schritt weiter. Mit ihrem Strategiepapier stellen sie letztlich sogar die langfristige Existenz ihrer eigenen Partei in Frage. Als noch Lafontaine die SPD geführt habe, habe es eine „unausgesprochene Arbeitsteilung“ zwischen SPD und PDS gegeben – die SPD für das Internationale, die PDS für das Regionale, vor allem für Ostdeutschland. Daran wollten sie nun anknüpfen. Einer „Normalisierung in der Kooperation“ könne „eine neue Linkspartei“ entspringen.

Allerlei rot-rote Experimente gab es bereits, sogar schon als die PDS noch SED hieß. Im Herbst 1989 träumten westdeutsche Sozialdemokraten wie Egon Bahr von einer freundlichen Übernahme von Teilen der SED in die SPD. Im Stillen verhandelten SED-Politiker wie Dresdens Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer damals über einen Wechsel zur SPD. Ganze Scharen von SED-Leuten wollten sie der SPD zuführen. Das Unternehmen scheiterte am Widerstand ostdeutscher Sozialdemokraten. Sie fürchteten – mit gutem Grund – die Unterwanderung der jungen Ost-SPD durch geschulte Altkader und Stasi-Mitarbeiter.

Doch selbst bei linken Sozialdemokraten stoßen Falkner und Christoffers auf Skepsis. Erhard Eppler etwa, der einst den Dialog der SPD mit der SED aufnahm, will von einem SPD/PDS-Pakt im Bund momentan nichts wissen. Es müsse schon ein „Wunder geschehen, wenn die PDS ihren aufgesetzten Radikalpazifismus“ ablegen würde, kontert er. Erst wenn alle anderen Versuche einer Regierungsbildung – einschließlich der Großen Koalition – nach dem 22. September gescheitert seien, könne man überhaupt an die PDS denken. Auch Mecklenburg-Vorpommerns sozialdemokratischer Ministerpräsident Harald Ringstorff, der mit der PDS regiert, bleibt stur. „Da müsste es schon eine extreme Kehrtwende bei der PDS geben.“

Doch ganz sicher scheinen sich die SPD-Oberen ihrer Unteren nicht zu sein. Ost-Wahlkämpfer Manfred Stolpe will nicht ausschließen, dass ein Teil der SPD-Bundestagsfraktion „allen heiligen Schwüren zum Trotz“ auf ein Angebot der PDS eingehen würde. Doch der andere Teil wäre so stark, fürchtet er, „dass daran die Fraktion zerbrechen würde“.

STEFAN BERG



Autoren Christoffers, Falkner

## Sonderbare Abhängigkeit

Auszüge aus dem PDS-Strategiepapier zum Bundestagswahlkampf

Die SPD steckt in einem Dilemma: Sie braucht einen oder mehrere Partner. Schröder ist in eine sonderbare Abhängigkeit von der PDS geraten . . .

. . . Wenn es die Sozialdemokraten ernst meinen mit dem von ihnen selbst ausgerufenen Richtungswahlkampf, mit dem „eigenen deutschen Weg“ in Außenpolitik und Sozialstaatsreform, wenn sie tatsächlich den Rechtstrend in Europa stoppen wollen, wenn sie es ernst meinen mit der Warnung vor einem Haider-Berlusconi-Stoiber-Europa, dürfen sie die rot-rot-grüne Option nicht länger abtun.

Es ist möglich, in der PDS und mit der SPD darum zu streiten. Der Preis mag der SPD hoch erscheinen, doch er wäre bezahlbar. Die PDS erwartet

- ▶ die Wiedereinführung der Vermögensteuer und nachdrücklichen Einsatz für die Besteuerung der exorbitanten internationalen Spekulationsgewinne;
- ▶ die Einführung einer Kindergrundsicherung als ersten Schritt zu einer bedarfsgerechten sozialen Grundsicherung;

- ▶ die Reform des Gesundheitswesens diesseits einer Zwei-Klassen-Medizin und unter konsequenter solidarischer Finanzierung – auch durch alle Einkommensarten;
- ▶ den Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung für alle Erwerbstätigen, die nicht nur Ansprüche auf Einkommen, sondern auch auf Qualifikation schafft, die Job-Rotation und flexible Übergänge von sozial abgesicherter Familienarbeit in Erwerbsarbeit ermöglicht;
- ▶ die Aufnahme einer Arbeitszeitpolitik, die Überstunden drastisch zu vermindern hilft;
- ▶ die Fortführung und Verbesserung arbeitsbeschaffender Maßnahmen;
- ▶ die Einführung von Elementen der direkten Demokratie und die Stärkung der Bürgerrechte;
- ▶ „kritische Solidarität“ statt „uneingeschränkter Solidarität“ gegenüber den USA. Also auch: keine deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen den Irak;
- ▶ der Osten sollte endlich von der „Chefsache“ zur PDS-Sache werden. Nicht zu ihrem Monopol, aber ihrer Federführung anvertraut.

. . . Wer ein rot-rot-grünes Bündnis zum Tabu erklärt, der riskiert, die Serie des Scheiterns der noch vor kurzem so selbstbewussten und fröhlichen linken Mitte Europas zu verlängern . . .

Die strategische Herausforderung für SPD und PDS heißt: Normalisierung in der Kooperation. Die Grünen, wenn sie eine Partei der linken Mitte bleiben wollen, mögen sich dem anschließen. Das ist ihre Entscheidung.

. . . Längerfristig müssen sich SPD und PDS neu auf die eigentliche linke Substanz der zwei Jahrhunderte Demokratie und Aufklärung besinnen: auf den gerechten Zugang zu den Lebensquellen der Gesellschaft, auf das Engagement für die Benachteiligten der modernen Wirtschafts- und Lebensweise, Partizipation aller, ein solidarisches Menschenbild . . .

. . . Am Ende würden zwei veränderte linke Parteien stehen. Oder langfristig womöglich – wenn es denn in der Sache tragen und kulturell möglich sein sollte – eine neue Linkspartei in Deutschland.